Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 12

Artikel: Spaltung und Linkskurs
Autor: Albertini, Giovanni
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334979

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

23. JAHRGANG – AUGUST 1944 – HEFT 12

Spaltung und Linkskurs

Von Giovanni Albertini

Die Gründung der PdA. (Partei der Arbeit) hat der Diskussion über die Organisationsform und die Taktik der Arbeiterbewegung nach dem zweiten Weltkrieg neuen Auftrieb gegeben, wobei natürlich die Frage im Vordergrund steht, ob die Gründung und Aufrechterhaltung einer oder mehrerer «links» von der SPS. stehender Organisationen der schweizerischen Arbeiterklasse nützt oder schadet.

Von den Sprechern der PdA. wird die Gründung ihrer Partei als geschichtlich notwendig zur Erreichung des Sieges der schweizerischen Arbeiterklasse über die Bourgeoisie dargestellt. Wenn das der Fall wäre, so müßte eine klare marxistische Analyse der internationalen und der nationalen Situation der Schweiz diese historische Notwendigkeit erweisen.

Wie steht es nun damit?

Zunächst: Muß wirklich noch bewiesen werden, daß die Spaltung und die Zersplitterung der westeuropäischen Arbeiterbewegung nach dem ersten Weltkrieg geschadet hat? Die Geschichte der letzten 25 Jahre, voll von schweren Niederlagen, könnte eigentlich Beweis genug dafür sein; denn sie brachten: die mehr oder weniger widerstandslos hingenommenen Auswirkungen einer Weltkrise von vorher unbekannten Ausmaßen, das Hochkommen des Faschismus in zwei, die Entwicklung faschistischer Tendenzen in allen übrigen europäischen Ländern, schließlich fünf Jahre des zweiten Weltkrieges. Und dies alles in der Epoche des niedergehenden Kapitalismus, der nur noch durch die Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen seine Herrschaft aufrechterhalten kann! Auch der Bestand der Sowjetunion hat diese furchtbaren Schläge von der westeuropäischen Arbeiterschaft nicht fernhalten können, die durch diese Schläge in heute noch gar nicht genau zu übersehendem Maße geschwächt, desorientiert und desorganisiert ist.

Um nun die internationale Konzeption der PdA. zu erörtern:

Wenn nun heute, da der zweite Weltkrieg zu Ende geht, die Genossen der PdA. behaupten, daß die Fortsetzung des Bruderzwistes zwischen den Arbeiterorganisationen, die nicht nur zur Isolierung vieler sozialistischer Kräfte von den Massenorganisationen, sondern auch zur Trübung des politischen Bewußtseins der indifferenten Massen infolge der Uneinigkeit

der Sozialisten führt, der Erreichung des Endziels förderlich sei, so müßten sie dafür eigentlich gewichtige Gründe anführen können.

Leider hat die PdA. noch keine systematische, theoretische Begründung der Notwendigkeit ihrer Sonderexistenz neben der SPS. vorgelegt. Wir können uns daher nur auf die propagandistischen und agitatorischen Gelegenheitsäußerungen der PdA. stützen, um zu untersuchen, mit welchen außen- und innerpolitischen Begründungen sie selbst ihre Existenzberechtigung beweisen will.

Diesen Äußerungen ist zu entnehmen, daß die PdA. auf Grund ihrer außenpolitischen Konzeption überzeugt ist, im Nachkrieg die politische Führung des schweizerischen Proletariats übernehmen zu können. Die PdA. glaubt, daß das Kriegsende in allen befreiten Ländern, insbesondere in Frankreich, Italien und Deutschland, unter dem Einfluß der Sowjetunion eine revolutionäre Linksentwicklung mit sich bringen und so jede Restauration des Kapitalismus unmöglich machen werde. Die Auswirkungen dieser in allen Nachbarländern von den Kommunisten geführten proletarischen Revolution würde die schweizerische Arbeiterschaft radikalisieren und mitreißen. Die lendenlahme, verbürgerlichte, von klassenverräterischen Führern beherrschte SPS. würde sich im Interesse der Bourgeoisie dieser Entwicklung entgegenstemmen und von den Massen weggefegt werden. Die PdA. bleibe sodann als einzige politische Arbeiterorganisation, die sich einer so stürmischen Entwicklung gewachsen zeige, alleinige Herrin der Lage.

Als deutliche Vorzeichen für die Richtigkeit dieser ihrer internationalen Prognose betrachtet die PdA. die Rolle, die die kommunistischen Parteien in Jugoslawien, Frankreich und Italien heute schon spielen. Immer wieder wird behauptet, daß die Kommunisten dieser Länder allein die Widerstandsbewegungen organisieren und bestimmen, und daß sie das ganze Volk hinter sich vereinigt hätten. Die Sozialdemokratie der besetzten Länder gilt diesen Genossen als durch die Besetzung völlig zerschlagen, in der Kommunistischen Partei aufgegangen oder atomisiert. Zwar spricht allein schon die Rolle der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften im französischen Befreiungskomitee und in der neuen italienischen Regierung sowie die Zusammensetzung der Regierung Titos gegen eine Monopolstellung der Kommunisten, aber daß solche objektiv vorhandenen Tatsachen einfach ignoriert werden, zeigt, daß auch hier, wie so oft, der Wunsch der Vater des Gedankens ist.

Zweifellos sind in den besetzten Ländern durch die Bedingungen dieses Krieges Voraussetzungen für eine klassenbewußtere Haltung der werktätigen Massen geschaffen worden. Auf welche Weise diese Kräfte sich durchsetzen können, hängt aber nicht von den subjektiven Wünschen der Linksradikalen, sondern von der politischen und ökonomischen Situation dieser Länder nach Kriegsende ab, und von den Bedingungen und Umständen ihres Wiederaufbaus. Wenn es den Angelsachsen gelingt, die unmittelbaren Nachkriegsschwierigkeiten einigermaßen zu lösen – und es ist anzunehmen, daß es ihnen gelingt, denn sie sind ja als militärische Eroberer und Befreier an Ort und Stelle –, dann müssen die Kommunisten dieser Länder, ganz wie sie es schon in Italien gemacht haben, ihre revo-

lutionären Programme vertagen. Der Verzicht der kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs auf jede revolutionäre Parole und ihre parlamentarische Zusammenarbeit mit allen historischen Parteien läßt vermuten, daß sie selbst eine bürgerliche Nachkriegsentwicklung annehmen. Wenn sie aber als legale Staatsparteien ihren sozialistischen Zielen nachstreben und – wenigstens vorderhand – auf eine revolutionäre Zuspitzung des Klassenkampfes verzichten, so ist nicht einzusehen, weshalb die Auswirkungen dieser Volksfrontpolitik in den Nachbarländern der Schweiz nur der PdA. zugute kommen sollen.

Um sogleich einer Mißdeutung vorzubeugen: Damit will nicht gesagt sein, daß die Kommunistischen Parteien der kriegsverwüsteten Länder grundsätzlich und endgültig auf die Revolution verzichtet haben müssen, wenn sie zur Erreichung des Zieles der klassenlosen Gesellschaft eine Taktik wählen, die sich den politischen und ökonomischen Verhältnissen ihrer Länder anpaßt. Im Gegenteil, nur durch die Anpassung an sie und die Ausnützung der Gegebenheiten der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Widersprüche kann der Sieg der Arbeiterklasse erkämpft werden. Leider läßt sich angesichts der bei uns bestehenden Informationsmöglichkeiten noch nicht sicher beurteilen, ob der heute sichtbar werdende Verzicht der italienischen und französischen Kommunisten auf eine revolutionäre Zuspitzung des Klassenkampfes nach Kriegsende solchen Einsichten entspringt oder bloß von den Interessen der Sowjetunion bestimmt ist.

Es zeigt sich nämlich auch sehr deutlich, daß sich die Sowjetunion ganz und gar nicht so verhält, wie es der in der PdA. weitverbreiteten außenpolitischen Konzeption entspricht, wonach die rote Armee auf den Spitzen ihrer Bajonette den Sozialismus in alle Länder unseres Kontinentes exportieren werde. Die gegenwärtige Außenpolitik der Sowjetunion zeigt ein ganz anderes Bild. Sie kooperiert auf der ganzen Linie mit der angelsächsischen Bourgeoisie. Dazu ist sie gezwungen, weil sie den Krieg gewinnen muß und weil sie danach dringend einen sicheren Frieden braucht. Die schrecklichen Wunden, die dieser Krieg dem russischen Volke geschlagen hat, müssen rasch heilen können. Die Sowjetunion kann es sich, in ihrem eigenen Interesse, nicht leisten, durch eine revolutionäre Außenpolitik die stets vorhandene latente Klassenfeindschaft der westlichen Bourgeoisie herauszufordern. Durch den Verzicht auf eine solche Politik werden aber zunächst alle Voraussetzungen einer bürgerlichen Redemokratisierung – und damit der vorläufigen Restauration des Kapitalismus – in den wiederbefreiten Ländern gefördert.

Alles, was die Sowjetunion im Hinblick auf den künftigen Frieden tut und sagt, läßt viel eher den Schluß zu, die Sowjetunion rechne damit, daß auch ein mit angelsächsischer Hilfe restaurierter Kapitalismus seine ihm innewohnenden Widersprüche nicht überwinden kann, ohne gleichzeitig neue, noch krassere Widersprüche zu zeitigen. Dann freilich könnte das Zusammentreffen des Ausbruchs dieser unvermeidbaren Krise des Kapitalismus mit einem durch die Redemokratisierung organisierten, geschulten und vorbereiteten Proletariat mit einer politisch und wirtschaftlich mächtigen Sowjetunion, die dank einem von den angelsächsischen Bourgeoisien unterstützten schnellen Wiederaufbau ihrem Volk endlich einen höheren

Lebensstandard als den der kapitalistischen Länder bieten kann, in der kommenden, durch alle diese Umstände revolutionären Situation ein entscheidender Faktor sein. Je weniger von der Arbeitskraft des russischen Volkes von der Drohung eines neuen Krieges absorbiert wird, je mehr auch von der kapitalistischen Produktion der Alliierten und Deutschlands für den Wiederaufbau verwendet werden kann, um so eher wird der Zeitpunkt erreicht sein, wo der agitatorische Einfluß der höheren russischen Lebenshaltung für die Werktätigen der ganzen Welt ein politisches Argument ersten Ranges bilden wird, das keine kapitalistische und faschistische Reklametrommel mehr übertönen kann.

Der ideologische Einfluß der Sowjetunion auf die Gestaltung der ersten Nachkriegsjahre in Westeuropa wird von der PdA. auch noch darum überschätzt, weil sie den ideologischen Einfluß der andern Siegerstaaten – der Angelsachsen – fast ganz übersieht. Schon jetzt aber haben wir deutliche Anzeichen dafür, daß mit jedem Meter, den die Angelsachsen als Befreier vorrücken, auch ihr ideologischer Einfluß, nicht nur auf die Bourgeoisien, sondern auch auf die Arbeiter-, Bauern- und Kleinbürgermassen der befreiten Länder, wächst. Bei der Bedeutung, die der Ablauf der politischen Nachkriegsereignisse in den westeuropäischen Staaten für die Angelsachsen hat, kann man als sicher annehmen, daß die Engländer und Amerikaner auch alle ihre ihnen reichlich zur Verfügung stehenden ökonomischen und politischen Mittel anwenden werden, um ihren Einfluß zu vertiefen und zu verankern. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese Einflüsse zunächst der herrschenden Klasse behilflich sein werden, die bürgerlichen Produktionsverhältnisse zu repoduzieren. Mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen müssen auch die historischen Parteien wieder als Interessenvertreter der tatsächlich agierenden gesellschaftlichen Kräfte auf der politischen Bühne erscheinen.

Natürlich steht es außer Frage, daß die ganze europäische Nachkriegsentwicklung weitgehend von der Lösung der ökonomischen und sozialen Probleme in England selbst beeinflußt werden wird. Die englische Bourgeoisie wird allerdings nur dann in die Gestaltung der kontinentalen Nachkriegsverhältnisse auf die Dauer bestimmend eingreifen können, wenn sie imstande ist, ihre eigenen, aus dem voraussichtlichen Verlust ihrer Kolonialprofite resultierenden Schwierigkeiten zu überwinden. Entscheidend für den Einfluß Englands wird daher die Haltung der Labour Party, der werktätigen englischen Massen in den bevorstehenden, infolge der Empireprobleme immer schärfer werdenden Klassenkämpfen Großbritanniens werden.

Der Kapitalismus wird sich in England allerdings vorläufig sicher noch behaupten können, zumal er sich selbst in einem gewissen Maß bemüht, einige Forderungen der werktätigen Massen auf dem Wege der Evolution zu erfüllen (Beveridgeplan, Vollbeschäftigungsplan usw.). Auch von dieser Politik werden ideologische Rückwirkungen ausgehen, die sowohl in der Schweiz wie in ganz Westeuropa keineswegs nur den Linksredikalen zugute kommen werden.

Alle diese Überlegungen scheinen uns zu beweisen, daß mit dem Zusammenbruch des Kapitalismus, den die PdA. unmittelbar nach Kriegsende

erwartet, weder von der Sowjetunion noch von den Kommunistischen Parteien der besetzten Länder gerechnet wird. Es scheint, als ob die PdA. als einzige Arbeiterorganisation noch felsenfest an den «umwälzenden Linksrutsch», der mit Kriegsende einsetzen und mit dem Kapitalismus in Westeuropa tabula rasa machen muß, glaubt. Nur dieses Zukunftswunschbild rechtfertigt die Überzeugung, daß sich dann die revolutionären Fluten ausschließlich in die dafür richtig vorbereiteten Kanäle der PdA. ergießen werden.

Die Subjektivität derartiger Wünsche erscheint im vollen Glanze, wenn man feststellen muß, daß die PdA. keinerlei wegleitendes Programm für diese Zukunft besitzt. Ihre Behauptung von der eigenen geschichtlichen Notwendigkeit entspringt lediglich ihrem subjektiven, radikalistischen Betätigungstrieb und ist nicht das Ergebnis konkreter und klarer Untersuchungen der politischen und ökonomischen Situation. Weil die PdA. diese Analyse nicht gemacht hat, fehlt ihr auch ein eigenes Programm. Sie hat nur den Glauben an Stalin als Messias und heftige Ressentiments gegen die Sozialdemokratie.

Diese Einstellung, um nun zur Innenpolitik überzugehen, trübt die Objektivität der PdA. und verbaut ihr die Erkenntnis, daß es nur einer geschlossenen Arbeiterbewegung gelingen kann, die schweizerische Bourgeoisie, die noch recht frisch und fröhlich drauflos regiert, zu schlagen. Für die Strategie und Taktik dieses Kampfes sind allerdings die ökonomischen und politischen Verhältnisse der Schweiz selbst von ausschlaggebender Bedeutung.

Die PdA. und die KPS. wehren sich mit allem Nachdruck gegen den Vorwurf, daß sie die schweizerische Arbeiterbewegung gespalten hätten. Nach ihnen hat die Spaltung nie aufgehört zu existieren, sie war durch die Illegalität der KPS. nur verschleiert, unsichtbar gemacht. Die in die Illegalität getriebenen Arbeiter ergreifen nun mit der PdA. die Möglichkeit, sich wieder zu legalisieren, sich wieder aktiv in den Klassenkampf einzuschalten.

Abgesehen davon, daß die KPS. aus ihrer Illegalität nicht die objektiven Schlußfolgerungen über ihre eigenen Methoden und Möglichkeiten des Wirkens in der kapitalistischen Schweiz gezogen hat, ist die Behauptung, daß der Zustrom zur PdA. bei ihrer Gründung sie als ein Bedürfnis der Massen rechtfertige, nur bedingt richtig. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist für die Beurteilung der Zweckmäßigkeit einer Arbeiterpartei nicht nur ihr Gründungserfolg maßgebend; entscheidend sind ihre klassenkämpferische Orrganisationsarbeit innerhalb der werktätigen Massen und ihre Erfolge im Kampf gegen die Kapitalistenklasse. Davon kann aber bei der PdA. noch keine Rede sein, da sie bisher ihren Kampf fast ausschließlich gegen die proletarischen Massenorganisationen gerichtet hat.

In einer Demokratie läßt es sich nicht verhindern, daß sich Linksradikalisten in ihrem naturwüchsigen Subjektivismus von der geschichtlich entstandenen Arbeiterbewegung abkapseln, ja sich kämpfend gegen sie kehren. Objektiv nützen sie damit der Reaktion, mögen sie sich subjektiv auch noch so revolutionär fühlen und gebärden. Nicht nur die Re-

krutierung von Anhängern aus den Mitgliedermassen bestehender Arbeiterorganisationen bedeutet eine Schwächung des Klassenkampfes, auch die durch die Existenz mehrerer sich feindlich gesinnter Arbeiterparteien verursachte ideologische Verwirrung bei den nicht organisierten Arbeiterschichten und den zu Bundesgenossen der Arbeiterklasse berufenen Volksteilen, schwächt in gar nicht berechenbarem Maß die Kampffront und den Kampfwillen gegen die Ausbeuterklasse.

Die Wortführer der PdA. behaupten nun, daß man nicht schematisch die Erkenntnisse der Vergangenheit auf die Gegenwart anwenden dürfe, daß die SPS. das Vertrauen der Massen verloren und sich selbst den Weg zu einer klassenkämpferischen Politik verlegt habe. Deshalb werde die PdA. als Avantgarde und Wegweiser zu neuen Wegen des verschärften Klassenkampfes von den breitesten Arbeitermassen ersehnt, deren Führung sie in kürzester Frist übernehmen werde.

Dagegen ergibt jede unbefangene, objektive Prüfung der Massenstimmung eindeutig, daß die SPS. vorläufig immer noch die Massenpartei ist und daß sie, trotz aller begangenen Fehler, das Vertrauen der Massen besitzt. Die besonderen Verhältnisse des Kantons Genf und in gewissem Sinn auch des Kantons Baselstadt dürfen nicht als Maßstab für die ganze Schweiz genommen werden. Sämtliche Wahlergebnisse der letzten Zeit haben bewiesen, daß von einem akuten Mißtrauen der Massen gegen die SPS. nicht die Rede sein kann. Wenn man in der PdA. Basels eine Legalisierung der dortigen Kommunisten sieht, sind nicht einmal die letzten Großratswahlen als ein eindeutiges Mißtrauensvotum gegen die SP. zu werten, weichen doch deren Stimmenziffern dann nicht sonderlich von dem Vorkriegsverhältnis ab.

Bezüglich de unmittelbaren Werbeziels der PdA. bestehen unter ihren Mitgliedern zwei verschiedene Auffassungen. Die eine will nur jene Kreise der Arbeiterschaft sammeln, die durch die jahrelange Burgfriedenspolitik der SPS. und der Gewerkschaften diesen Arbeiterorganisationen entfremdet wurden. Der Kampf der PdA. richte sich also durchaus nicht gegen die SPS. an sich; man wolle vielmehr den Linken in der SPS. «Sukkurs von außen geben». Davon später.

Die andere Auffassung beruft sich ebenfalls auf die Folgen der Burgfriedenspolitik. Sie betrachtet diese aber nicht nur als einen korrigierbaren politischen Fehler, sondern als die tiefste Stufe der politischen Dekadenz und den Schlußstein der endgültigen Verbürgerlichung der SPS. Die PdA. forscht den Ursachen dieser Verbürgerlichung gar nicht weiter nach. Sie hält die politischen Aktionsmöglichkeiten der linken klassenbewußten Genossen in der SPS. für erschöpft, soweit sie nicht überhaupt an der Ehrlichkeit progressiver Tendenzen in der SPS. zweifelt. Solche Gedankengänge waren seit jeher einer der ideologischen Ausgangspunkte der Politik der KPS., und sie sind es bis heute geblieben. Deswegen mußten die Einheitsverhandlungen der SPS. mit der FSS. und der KPS., deren Erfolg sich mit dieser Konzeption nicht hätte vereinbaren lassen, zum Scheitern gebracht werden. Als sich im Herbst 1943 die Erkenntnis von der Nützlichkeit der Organisationseinheit sogar in immer weiteren Kreisen der Kommunisten durchzusetzen begann, mußte deshalb der Wahlboykott

vom Zaune gebrochen werden. Die Gründung der PdA. entspringt den gleichen Vorstellungen und Absichten, und auch die jüngste Aktion, mit der sich die «Sozialdemokratische Linke» aus der SPS. herausmanövrierte, hat dort ihre Wurzeln.

Ist nun die Annahme, daß die SPS. aus dem letzten Loch pfeift, daß sie geschichtlich überholt ist, wirklich berechtigt?

Wir haben eine Landesregierung, die in ihrer Gesamtheit das Vertrauen weiter Kreise unseres Volkes, einschließlich großer Teile der Arbeiterschaft, genießt, weil es ihr gelungen ist, die Schwierigkeiten der kriegsbedingten Lage verhältnismäßig reibungslos zu meistern.

Wir haben eine Bourgeoisie, die während des Krieges außerordentliche Reichtümer angehäuft, die sich im Staatsapparat bestimmende Funktionen zu sichern gewußt hat, deren politische Machtpositionen nicht erschüttert sind und deren ideologischer Einfluß auf die Masse sogar noch gewachsen ist.

Wir haben eine Bauernschaft, der es während des Krieges nicht schlecht ergangen ist; von allen Werktätigen sind die Bauern die einzigen, deren Realeinkommen im Kriege gestiegen ist. Diese Entwicklung ihrer Klassenlage hat sie in ihren traditionellen Ideologien mehr denn je gefestigt und sie damit für linksradikalistische Terminologien noch unempfänglicher gemacht als früher.

Und das Wichtigste: wir haben eine Arbeiterschaft, die trotz aller Einschränkungen und Entbehrungen heute – im fünften Kriegsjahre – weniger Kampfwillen zeigt als im dritten und vierten Jahre des ersten Weltkrieges.

So und nicht anders sieht es, bei objektiver Betrachtung, heute in der Schweiz aus!

Allerdings, sobald der Krieg zu Ende ist, wird manches, was heute mit Rücksicht auf die Gefahren der Kriegssituation noch ertragen wird, nicht mehr geschluckt werden. Die Schwierigkeiten der Schweizer Bourgeoisie werden nicht aufhören, sie werden vielmehr mit dem Schwinden der Kriegskonjunktur erst recht anschwellen.

Kann die SPS. nun im Hinblick auf die zu erwartende Nachkriegslage die richtige Politik für die Interessen der werktätigen Klassen machen oder wird die PdA. die Massenpartei der Zukunft werden?

Das Hauptargument der PdA. gegen die SPS. ist, daß die Massen als Folge der Burgfriedenspolitik das Vertrauen in die SPS. verloren hätten; mit andern Worten: die Massen gingen nicht zur SPS., weil diese ihnen zu rechts stehe. Für dieses Zurechtsstehen macht man die «Bonzen», die «Reformisten», die an «die Bourgeoisie verkauften Führer», die «Sesselkleber» verantwortlich. Diese seien die Urheber und Nutznießer der Burgfriedenspolitik, sie hätten jahrelang mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die spontanen, klassenkämpferischen Regungen der Arbeiterklasse niedergehalten oder sabotiert.

Jeder Genosse weiß nun, daß in der Tat die Partei oder eine Gewerkschaft in einzelnen Fällen gegen den Willen einer oder mehrerer ihrer Sektionen gehandelt hat. Aber jeder einsichtige Genosse muß zugeben, daß das nur Ausnahmen waren, denn in einer demokratischen Organisation kann es niemals einer Führung gelingen, sich auf die Dauer gegen die Mehrheit ihrer Mitglieder durchzusetzen. Die Führung einer demokra-

tischen Organisation entspricht ja im gesellschaftlichen Durchschnitt stets dem Durchschnitt des Bewußtseins der Mitgliedschaft.

Ein Beispiel aus der jüngsten Zeit mag diese geschichtsbildende Tatsache illustrieren: Der Schweizerische Bau- und Holzarbeiterverband stand kürzlich in einer Vertrags- und Lohnbewegung. Wäre keine Einigung zustande gekommen, hätten die Unternehmer die Forderungen des Verbandes nicht im wesentlichen angenommen, so wäre bestimmt in den wichtigsten Kantonen der Schweiz ein Bauarbeiterstreik ausgebrochen. Der Zentralpräsident des SBHV. ist als «Bonze» und «Reformist» in gewissen Kreisen verschrien. Wer vor einem Jahre behauptet hätte, er würde bereit sein, um die Forderungen der Bauarbeiter durchzudrücken, einen Landesstreik zu riskieren, der wäre verhöhnt und ausgelacht worden. Die PdA. wird argumentieren: er sei zu seiner klassenkämpferischen Energie nur unter Zwang, infolge des Druckes von unten, bereit gewesen. Aber gerade das beweist, daß sich die Spitzen der Arbeiterorganisationen bei «Strafe ihres Untergangs» in ihrer Politik nach dem Willen der Mitgliedermassen richten müssen. Sie müssen sich radikalisieren, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder sich radikalisiert.

Die Massen sind trade-unionistisch, sagte Lenin. Was damals richtig war, stimmt heute, nach vierzig Jahren weiterer kapitalistischer Herrschaft, nach der faschistischen Zerstörung menschlicher und geistiger Werte, bei der fortschreitenden Trübung des Bewußtseins der Kausalzusammenhänge mehr als je. Lenin warnte wiederholt mit eindringlichen Worten vor dem Glauben an die Spontaneität der Arbeiterklasse. Nichtsdestoweniger vertraut man heute noch immer blind auf diese Spontaneität. Man wettert in linksradikalistischer Terminologie gegen die Reformisten, man appelliert an die Unorganisierten mit dem Hinweis auf die «politische Impotenz» der bestehenden Arbeiterorganisationen, man ist nach 25 Jahren, während derer diese Denk- und Kampfmethoden nur Niederlagen gebracht haben, immer noch felsenfest davon überzeugt, schließlich doch noch mit ihnen zum Erfolg zu kommen. Man versucht die Massen zu gewinnen und zu bewegen, indem man bei ihnen voraussetzt – was ihnen leider noch fehlt! – nämlich die Einsicht in die Klassenbedingtheit ihrer Lage.

Die Erkenntnisse vom unerbittlichen Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft können den Massen nur durch den ökonomischen Kampf zugänglich werden; ein Kampf, zu dessen Führung nun einmal nur die Gewerkschaften fähig sind.

Die Enthüllung des Klassencharakters dieser Kämpfe und damit die Bildung eines eigentlich politischen Bewußtseins der Werktätigen erfordert eine bewußte Führung und Koordinierung der ökonomischen Kämpfe, wie sie nur von der mit der Gewerkschaftsbewegung historisch und aufs engste verknüpften politischen Partei der Arbeiterklasse – das ist in der Schweiz die SPS. – bewirkt werden kann.

Nachdem die Lösung dieser Aufgabe der SPS. gerade in den letzten Jahren, trotz ihrer innigen Verflechtung mit den Gewerkschaften, immer

größere Schwierigkeiten bereitet hat, bleibt unerfindlich, wie die über keine gewerkschaftlichen Positionen verfügende, ja in Gewerkschaftskreisen mit besonderem Mißtrauen betrachtete PdA. dem gewachsen sein soll.

Unter diesen Umständen ist es also gar nicht möglich, daß die PdA. die SPS. verdrängt und selbst zu einer wirklichen und politisch führenden Massenpartei wird. Nicht, daß sie nicht wachsen könnte; aber weiter als zu einer Isolierung eines Teils des Industrieproletariats wird es nicht reichen.

Selbst wenn die Massen durch die Ereignisse im Ausland wirklich heftig nach links getrieben würden, so würde immer noch eine Organisation, die in diesen Massen verankert ist, unvermeidlich mit ihnen ebenfalls nach links getrieben werden. Die SPS. würde also auch dann nicht an Einfluß verlieren, sondern im Gegenteil Einfluß gewinnen. Vergessen wir nicht, daß die SPS. mit ihrem Programm der «Neuen Schweiz» dem Bewußtsein der Massen, das doch noch keineswegs revolutionär-fortschrittlich ist, durchaus entspricht. Dazu kommt noch, daß für die Schweiz die faschistische Gefahr noch nicht überwunden ist. Die Bourgeoisie ist stark, sie wird uns nichts schenken. Wenn die Widersprüche des Kapitalismus sich weiter zuspitzen, so wird die herrschende Klasse sie kapitalistisch, das heißt unter unbedingter Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft, auf Kosten der Arbeiterklasse, ja sogar mit Anwendung faschistischer Methoden, zu lösen versuchen. Schon um dieser Gefahr willen, die sich bereits heute mit manchen Anzeichen deutlich bemerkbar macht, ist eine geeinte, organisatorisch stoßkräftige, einheitlich ausgerichtete Arbeiterbewegung notwendig. In dieser Situation ist daher der Platz jedes Marxisten *nicht neben*, sondern *in* den sozialistischen Massenorganisationen.

Wir glauben an Hand einer marxistischen Analyse festgestellt zu haben, daß die ökonomischen und politischen Voraussetzungen für das Anwachsen einer radikalistischen Partei, wie der PdA., zur Massenpartei heute nicht vorhanden sind. Aber auch die Idee vom Kader, die da und dort in den Diskussionen der PdA.-Genossen auftaucht, ist damit gerichtet. Marx und Engels selbst bezeichnen im Kommunistischen Manifest als Kommunisten nicht die Mitglieder einer Sonderorganisation, sondern die fortgeschrittensten Mitglieder der geeinten Arbeiterbewegung – eben ihr Kader. «Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des gesamten Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, anderseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder: sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.»

Die Genossen der PdA. sagen, daß man die Erfahrungen der Vergangenheit nicht als starres Dogma auf die Gegenwart anwenden darf. Das ist ohne weiteres richtig. Aber Erkenntnisse, die sich auf Erfahrungen stützen, sind keine Dogmen. Hingegen aus Erfahrungen nicht lernen wollen, zeugt von wirklichem Dogmatismus; die PdA. selbst hat an Stelle von marxistischen Analysen der geschichtlichen Bewegungen nur einen Glauben. Den Glauben nämlich an das apriorisch revolutionäre Klassenbewußtsein der Massen, an deren klassenkämpferische Spontaneität. Wer sein politisches Verhalten nicht blind nach diesem Dogma richtet, der ist in ihren Augen ein Ketzer und Verräter.

Bleibt noch die These vom Sukkurs für die linken Genossen in der SP. Dieser «Sukkurs» soll dadurch erreicht werden, daß die PdA. als Vorbild und Schrittmacher für eine richtige, konsequent sozialistische Politik von den Mitgliedern der SP. anerkannt wird und damit den linken Genossen in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften das Rückgrat gestärkt wird. Man wolle ja gar nicht SP.-Mitglieder ihren Organisationen entfremden und abspalten, man wolle lediglich ihr Fernstehende erfassen und mit ihnen die klassenkämpferischen Tendenzen in der SP. unterstützen.

Ein einträchtiges Nebeneinandergehen der SPS. und der PdA. setzt gleichgerichtetes Denken und gleichgerichtetes Handeln voraus – und wozu sollte dann die Doppelspurigkeit der Organisation gut sein? Wenn die PdA. dieselbe Politik machen will wie die SPS., ist ihre Sonderexistenz unnötig. Schon um ihre Existenzberechtigung zu beweisen, muß sie daher die SP. aufs schärfste befehden. Der Bruderkrieg wird sogar an Bitterkeit und Demagogie noch zunehmen, je mehr die SP. sich nach links entwickelt. Allerdings wird es damit auch weithin sichtbar werden, welche Motive wirklich für die Gründung der PdA. ausschlaggebend waren, und ihre sozialistisch ehrlichen und marxistischer Einsicht zugänglichen Mitglieder werden sich von ihr abwenden. Auch der beste Wille führender Genossen der PdA. wird die Verschärfung dieses Bruderkrieges nicht verhindern können, der die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie schwächt.

Das Spontaneitätsdogma und die Ressentiments gegen die SPS. müssen es trotz allem guten Willen erzwingen, daß sich die PdA. im Kampf gegen die SPS. als objektiv reaktionärer Faktor für die Arbeiterbewegung erweist.

Das idyllische Zusammenwirken der feindlichen Brüder, diesen wohlgemeinten «Sukkurs von außen», kann man sich also lebhaft vorstellen, selbst wenn man nicht auf 25 Jahre bitterer Erfahrungen zur Verdeutlichung dieser Vorstellungen zurückgreifen will.

Im Gegensatz zu den Verfechtern der Sukkursthese sind wir der Ansicht, daß es die Aufgabe jedes Sozialisten ist, innerhalb der SPS. für die tatkräftige Förderung der linken Tendenzen zu sorgen. Wir sind davon überzeugt, daß ein klarer, klassenkämpferischer Linkskurs der Massenorganisationen die unabdingbare Voraussetzung für die Erreichung des sozialistischen Zieles der schweizerischen Arbeiterklasse ist.

Welche politischen Aufgaben ergeben sich nun angesichts dieser Situation?

Wir dürfen zunächst nie vergessen, daß unser Klassenfeind rechts steht. Wir müssen zwar die PdA. kritisieren, soweit sie dem Klassenfeind nützt, aber unsere Energie muß gegen den Klassenfeind selbst konzentriert bleiben.

Die SPS. ist als Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung in den Massen verankert. Dank ihrer Stärke und ihrer gewerkschaftlichen und staatlichen Positionen hat sie die Möglichkeit, die Tagesforderungen der Werktätigen durchzusetzen und den ökonomischen Tageskampf zu politisieren. Je besser sie diese Möglichkeit wahrnimmt, desto stärker – und kampfkräftiger wird sie werden.

Es wäre allerdings töricht, nicht einzusehen und einzugestehen, daß von der Kritik der PdA. und der exsozialdemokratischen Linken an der Politik der SPS. manches berechtigt ist. Viele parteitreue Sozialdemokraten, denen der Fortschritt der Arbeiterbewegung durchaus am Herzen liegt, kritisieren die Haltung der SPS. und einzelnen ihrer führenden Genossen aufs schärfste. Aber es wäre falsch, die Parteiführer allein für eine Politik verantwortlich zu machen, die das Parteivolk gebilligt und geduldet hat.

Da die Ursachen der von der SP. begangenen Fehler ja nicht in der persönlichen Böswilligkeit der SP.-Führung liegen, sondern ganz bestimmten ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Antriebskräften entsprangen, so muß sich, wenn sich diese Antriebe ändern, zwangsläufig auch die Politik der SPS. ändern. Denn selbst, wo die Führung einer sozialistischen Partei ihrer Pflicht, dem Durchschnittsbewußtsein der Massen aufklärend und wegweisend voranzugehen, nicht genügt, sondern sich von ihm nachschleppen läßt, wird eine wirkliche, wie die SPS. in den Massen verwurzelte Arbeiterpartei begangene Fehler korrigieren, wenn sich eben jenes Durchschnittsbewußtsein der Massen unter dem Einfluß der gesamten gesellschaftlichen Geschehnisse entwickelt hat.

Die Fehler und Irrtümer der SP. sind also – entgegen der von der PdA. vertretenen Auffassung – durchaus korrigierbar, die SP. ist also historisch noch keineswegs überlebt.

Als positive Anzeichen einer sogar sehr zielstrebigen politischen Reaktivierung der SPS. betrachten wir die Proklamierung des Programms der «Neuen Schweiz», den steigenden Einfluß der Parteilinken im Parteiapparat und, nicht zuletzt, das politisch kluge Verhalten gegenüber der exsozialdemokratischen Linken.

Um diesen Reaktivierungsprozeß zu fördern, muß die SPS. sich noch entschiedener als bisher für die unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen der werktätigen Massen einsetzen. Diese Interessen gruppieren sich um die Sicherung des Arbeitsplatzes, eines entsprechenden Lebensstandards und eines sorgenfreien Alters.

Deshalb muß die SPS. im Sinne ihres Programms «Neue Schweiz» vor allem für die schnelle Durchsetzung folgender Einzelforderungen kämpfen:
Für alle Werktätigen:

Nachkriegsplanung der Wirtschaft. Sicherung des Arbeitsplatzes. Arbeitsbeschaffung ohne Arbeitskompagnien und nationale Arbeitsdienst-

pflicht. In der Nachkriegszeit dürfen aus Profitstreben keine Betriebe stillgelegt, keine Werte vernichtet werden. Volle Anpassung der Löhne an die Teuerung durch allgemeine Lohnerhöhung. Der Familienlohn ist abzulehnen.

Für die Alten:

Entsprechende Altersrenten, ohne Belastung der untern Einkommensklassen.

Für die Frauen:

Politische und ökonomische Gleichberechtigung nach dem Prinzip: gleiche Leistung, gleicher Lohn. Mütter- und Kinderschutz.

Für die Jungen:

Ausbau des Lehrlingsschutzes. Recht auf Bildung. Möglichkeit zur frühzeitigen Eheschließung.

Für das ganze Volk:

Wiederherstellung der politischen Rechte und Freiheiten. Kampf für eine umfassende und vorbeugende Gesundheitspflege. Aufhebung der Warenumsatzsteuer, Tilgung der Kriegsschulden zu Lasten des Kapitals. Vereinheitlichung der Steuergesetze. Energische Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung. Entlastung der niedrigen Einkommensklassen vom Steuerdruck. Soziale Mietzinse, besonders in den Städten. Verbesserung der Expropriationsgesetze und ein neues Bodenrecht, die die Durchführung großzügiger Sanierungsaktionen ermöglichen.

Die der SPS. zur Erfüllung dieser Postulate gegebenen Wege und Mittel sind:

1. Enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zur Durchsetzung aller ökonomischen Forderungen der Werktätigen. Aufgabe der Partei ist es, die Interessen der schweizerischen Arbeiterklasse über die manchmal divergierenden, rein gewerkschaftlichen Interessen der verschiedenen Gewerkschaftsverbände zu stellen, um damit die Einsicht in die Klassenbedingtheit des ökonomischen Kampfes zu fördern. Die so erreichte Politisierung und Koordinierung des ökonomischen Kampfes wird den Gewerkschaftsbund reaktivieren, und die Partei wird ihre historische Rolle als übergeordnete politische Organisation, nämlich die Führung des Proletariats, wieder übernehmen können.
2. Feste sozialistische Haltung unserer Fraktionen in den Parlamenten. Sozialistische Haltung der Parteimitglieder in den Behörden.
3. Zusammenarbeit mit Kleinbauern, Kleinbürgern und Angestellten unter der Führung der SPS.
4. Klarer sozialistischer Kurs der Parteipresse. Ausbau des Mitbestimmungsrechtes der lokalen Parteiorganisationen auf die Parteipresse.
5. Sozialistische Schulungsarbeit im Sinne der «Neuen Schweiz».
6. Anschluß an die internationale Arbeiterbewegung und andere fortschrittliche internationale Organisationen.

Ein klarer sozialistischer Kurs, der alle diese Mittel voll ausnützt, ist der kürzeste Weg zur schnellen Verwirklichung der «Neuen Schweiz».